

TAGUNG

Deutschland in Europa: Hegemon oder ehrlicher Makler?

Erik Brandes*

Ohne Deutschland gäbe es die Europäische Union (EU) nicht – jedenfalls nicht so, wie wir sie heute kennen. Als Gründungsmitglied und bevölkerungsreichster Mitgliedstaat hat Deutschland die europäischen Integrationsgemeinschaften von Beginn an entscheidend mitgeprägt. Mehr noch: Deutschlands Eingliederung in die (westliche) Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war grundlegendes Motiv für die ursprüngliche Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in den frühen 1950er Jahren und für spätere Schritte der Ausdehnung und Vertiefung. Nach bald 70 Jahren Integrationsprozess ist auch Deutschland selbst ohne die EU nicht mehr zu denken. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Rolle Deutschlands in Europa und die Rolle Europas in Deutschland immer stärker in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit geraten sind. Im Kontext jüngerer ökonomischer und politischer Krisen und im Lichte anstehender Weichenstellungen für die Zukunft (institutioneller Wahlzyklus, mehrjähriger Finanzrahmen, deutsche Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020) gibt es viel Diskussionspotenzial.

Zeitlich passend stand die Jahrestagung 2019 des Instituts für Europäische Politik (IEP) unter dem Titel „Germany in Europe“ – erstmalig auf Englisch und in neuem Format. Zur anderthalbtägigen Konferenz waren Mitglieder des Wissenschaftlichen Direktoriums des IEP und der Fachöffentlichkeit eingeladen, um die Entwicklungen, Herausforderungen und Chancen deutscher Politik im europäischen Kontext zu diskutieren. Die Veranstaltung war um drei Kernbegriffe, „Preferences,

Germany in Europe: Preferences, Strategy and Power

Jahrestagung des Instituts für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Direktorium des IEP

Mit freundlicher Unterstützung des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI). Gefördert durch das Auswärtige Amt und kofinanziert durch die Europäische Union.

19./20. September 2019, Berlin

Welcome

Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG, ETH Zürich

Dr. Funda TEKIN, IEP, Berlin

Prof. Dr. Johannes POLLAK, Institute for Advanced Studies, Webster Vienna Private University, Vienna

Young Academic Lab, Session I: How to Explain Germany's EU Policies: Concepts, Metaphors, Theories

Discussion Facilitator: Prof. Dr. Sabine SAURUGER, Sciences Po Grenoble

Impulse Statement: Prof. Dr. Simon BULMER, University of Sheffield

Core State Powers through a Core State's Lens: Bundestag Debates on EU Regulation and Capacity-Building, 1990-2019

Dr. Christian FREUDLSPERGER, Hertie School of Governance, Berlin

Martin WEINRICH, European University Institute, Florence

* Erik Brandes, Politikwissenschaftler, Berlin.

Strategy and Power“, und in drei Formaten organisiert: Im „Young Academic Lab“ leiteten über einen Call for Papers ausgewählte Artikel jüngerer WissenschaftlerInnen die Debatte; im zweiten Teil der Konferenz diskutierte das Wissenschaftliche Direktorium des IEP aktuelle Themen deutscher Europapolitik mit VertreterInnen aus Praxis, Wissenschaft und Medien; in einem „Book Slam“ hatten Institutsaffilierte die Gelegenheit, ihre jüngsten Buchprojekte vorzustellen. Über 50 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft nutzten die Chance zum Gedankenaustausch.

Deutschland im aktuellen politischen und wissenschaftlichen Kontext

Kurzreden der Direktorin am IEP, Funda Tekin, des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Direktoriums, Frank Schimmelfennig, und des neuen Vorsitzenden des Vorstands, Johannes Pollak, eröffneten die Konferenz. In ihren Statements warfen sie einen Blick auf die Rolle Deutschlands in der EU im Spiegel aktueller politischer und politikwissenschaftlicher Debatten. Ist Deutschland Hegemon in der Union und wenn ja, welcher Art? Wie verhält sich die Bundesregierung im Lichte externer und interner Herausforderungen (Brexit, Handelskriege, Polarisierung) sowie angesichts eines reformorientierten französischen Präsidenten – zu dominant, zu zögerlich oder beides? Und warum? Wie kann die Positionierung der deutschen Regierung während der Krise in der Eurozone erklärt werden? Nimmt Deutschland eine Sonderrolle in der EU ein oder erleben wir eine „Normalisierung“ der deutschen Position? Diese Fragen und Begriffe lieferten den Anstoß und setzten den Rahmen für die anschließenden Diskussionen.

Wie wird (Nicht-)Integration gerechtfertigt? Neuere Analysen zur deutschen Europapolitik

Alle im „Young Academic Lab“ vorgestellten Analysen beschäftigen sich mit Rechtfertigungen für und gegen bestimmte Formen

Misremembering Weimar: Experimental Evidence on the Roots of German Stability Culture

Dr. Lukas HAFFERT, University of Zurich
Nils REDEKER, Jacques Delors Institut – Berlin;
Hertie School of Governance, Berlin

Commentator: Prof. Dr. Timm BEICHELT, European University Viadrina, Frankfurt/Oder

Young Academic Lab, Session II: Reforming Europe: Germany in the Mirror of Other EU Member States

Discussion Facilitator: Dr. Barbara LIPPERT, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Impulse Statement: Dr. Agnieszka CIANCARA, Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, Warsaw

How Relevant is European Solidarity? Comparing the French and German Debate(s) During the Euro Crisis

Raphaella HOBACH, Ludwig-Maximilians-Universität München, Munich

German Hegemony as a Reason to Accelerate or Slow Down Integration? French and British Media Perspectives in the Treaty Reform Debate 1989-91

Manuel MÜLLER, IEP, Berlin

Commentator: Prof. Dr. Gabriele CLEMENS, University of Hamburg

Germany and the Economic and Monetary Union

Moderator: Prof. Dr. Wolfgang WESSELS, Centre for Turkey and European Union Studies, University of Cologne

Impulse Statements

Prof. Dr. Stefanie WALTER, University of Zurich
Dr. Astrid KLESSE, Federal Ministry for Economic Affairs and Energy, Berlin
Prof. Dr. Mathias JOPP, IEP, Berlin

“Book Slam”: 60 Years of European Integration – 60 Years of Institut für Europäische Politik

Moderated by: Dr. Funda TEKIN, IEP, Berlin

Germany and EU Institutions

Moderator: Prof. Dr. Miriam HARTLAPP, Free University Berlin

Impulse Statements

Axel DITTMANN, Federal Foreign Office, Berlin
Michael BRÖCKER, Rheinische Post, Bonn
Dr. Katrin BÖTTGER, IEP, Berlin

europäischer Integration. Sie untersuchen, wie in der Öffentlichkeit argumentiert wird, wenn es um die europäische Einigung geht, insbesondere mit Bezug auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Wie *Simon Bulmer* im Eingangsstatement feststellte, spiegeln die Studien damit Entwicklungen in den Europawissenschaften der vergangenen Jahrzehnte wider. Wo früher (objektiv erkennbare) außenpolitische Interessen und Funktionen als bestimmende Logiken zur Erklärung europäischer Integrationsprozesse herangezogen wurden, werde heute Sprache und Diskursen mehr Platz und eine eigene Wirkungsmacht eingeräumt. Damit habe sich auch der Kreis relevanter Akteure erweitert: Neben außenpolitischen Eliten, d.h. vor allem Regierungen, würden etwa nationale Parlamente und Öffentlichkeiten untersucht. Dies sei in der Prägung von Begriffen wie Europäisierung oder Politisierung zu erkennen. Die vorgestellten Analysen profitierten schließlich auch von verbessertem Datenzugang (Parlamentsreden, Zeitungen) und von methodologischen Innovationen in den Politikwissenschaften.

Welche Positionen in der Öffentlichkeit vertreten werden, sagt viel darüber aus, warum in der Vergangenheit bestimmte und nicht andere politische Wege beschritten wurden und welcher Spielraum bei künftigen Entscheidungen zu erwarten ist. In der ersten Sitzung des „Young Academic Lab“ wurde dabei der Blick auf innerdeutsche Erklärungen für die nationale Europapolitik gerichtet. Anhand einer Untersuchung von Bundestagsdebatten über EU-Angelegenheiten konnten *Christian Freudlsperger* und *Martin Weinrich* zeigen, dass deutsche Abgeordnete dort, wo Kernbereiche des Staatswesens berührt werden, vor allem auf regulatorische Maßnahmen setzen. Nur in Ausnahmefällen argumentierten die Abgeordneten für den Aufbau von Kapazitäten (Institutionen, Kompetenzen, Budgets) auf europäischer Ebene. Parlamente und ParlamentarierInnen könnten demnach – allein, um ihre eigene Bedeutung und Machtposition zu schützen – auch als BremserInnen europäischer Integration auftreten. Im Plenum

Public Opinion and Party Politics

Moderator: Dr. Funda TEKIN, IEP, Berlin

Impulse Statements

Isabell HOFFMANN, Bertelsmann Foundation, Berlin

Dr. Maxime LEFEBVRE, Ministry for Europe and Foreign Affairs, Paris

Dr. Linn SELLE, European Movement Germany, Berlin

Conclusions and Outlook: Future Developments of Germany in Europe – The Final Merkel Years and Beyond

Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG, ETH Zurich

Dr. Katrin BÖTTGER, IEP, Berlin

wurde daraufhin die Bedeutung von nationalen Abgeordneten im Willensbildungsprozess der Europapolitik diskutiert. Eine genauere Aufschlüsselung nach Politikfeldern und ein internationaler Vergleich könnten hier interessant sein.

In der zweiten vorgestellten Studie suchten *Lukas Haffert* und *Nils Redeker* nach der Ursache für die Deutschland zugeschriebene ökonomische „Stabilitätskultur“, die den fiskalpolitisch vorsichtigen bis restriktiven Kurs der Bundesregierung in der Krise in der Eurozone erklären könnte. Ihrer Argumentation zufolge hängt dieser mit einer verfehlten Erinnerung an die Weimarer Wirtschaftskrisen zusammen, bei der die Hyperinflation der frühen 1920er Jahre und die Große Depression zu Beginn der 1930er Jahre vermengt werden. Dadurch werde die Bedeutung der Inflation überzeichnet. In einer eigens angelegten repräsentativen Umfrage konnten die Autoren darstellen, dass viele Deutsche, insbesondere jene mit hoher Bildung, die Große Depression fälschlicherweise mit (teils erheblichen) Inflationsraten assoziieren. Die anschließende Diskussion drehte sich um die gesellschaftliche Wirkungsweise von Geschichte und Erinnerung. Im Plenum wurde die Bedeutung von Mythen und Imaginationen für politische Diskurse anerkannt. Zweifel gab es aber, ob eine verzerrte Geschichts-

wahrnehmung politische Entscheidungen erklären könne. Möglicherweise gebe es für jedes eine andere, bspw. ideologische Ursache.

Der zweite Teil des „Young Academic Lab“ hatte die deutsche Europapolitik im Spiegel anderer Mitgliedstaaten zum Thema. *Agnieszka Cianciara* erklärte im Eingangsstatement, dass die deutsche Dominanz in Europa von der polnischen Regierung kritisch gesehen werde und mittelfristig nur durch höhere Einzahlungen ins EU-Budget gerechtfertigt werden könne. Reformpolitisch betrachte Polen ein bremsendes Deutschland dagegen positiv, insbesondere um die Initiativen Emmanuel Macrons abzuwehren bzw. zu verwässern, wie es bei der Konkretisierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in der EU-Verteidigungspolitik zu beobachten war. Dass der Reformwille Frankreichs kein gänzlich neues Phänomen ist, zeigte die Präsentation von *Raphaella Hobbach*, die parlamentarische Debatten über Umverteilungsmaßnahmen während der Krise in der Eurozone in Deutschland und Frankreich behandelte. Hobbach konnte zeigen, dass „europäische Solidarität“ in den französischen Debatten eine tragende Rolle spielte, in Deutschland dagegen deutlich weniger thematisiert wurde. Die folgende Diskussion drehte sich insbesondere um die Frage, ob zur Erklärung dieser Unterschiede die politische Kultur oder die ökonomische Lage der Länder entscheidend seien.

Manuel Müller behandelte in seiner Studie eine weiter zurückliegende Reformdiskussion im selben Themenkomplex: die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag von Maastricht. Angesichts der deutschen Wiedervereinigung 1990 war in anderen Ländern die Sorge um deutsche Dominanz erneut aufgekommen und während der Vertragsreform diskutiert worden. Für die Länder Frankreich und Großbritannien konnte Müller feststellen, dass linksliberale Zeitungen den Vertrag von Maastricht als Maßnahme zur Einhegung Deutschlands sahen, während konservative Blätter den Ver-

trag mitunter als Mittel zur Stärkung einer deutschen Hegemonie interpretierten. Trotz dieser Tendenzen sei die Vertragsreform insgesamt positiv bewertet worden, die Reformdebatte aber weitgehend von nationaler Parteidynamik geprägt geblieben. Die Relevanz des Hegemonie-Argumentes wurde in der anschließenden Diskussion infrage gestellt – andere Erwartungen und Bedenken, so die einhellige Meinung, seien für die Bewertung des Vertrags von Maastricht relevanter gewesen. Auch wurde darauf hingewiesen, dass die europäischen Regierungen sich weniger um die Dominanz der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung sorgten als um die Macht der Bundesbank.

Zwischen Meseberg und „schwarzer Null“: Deutschland in der Wirtschafts- und Währungsunion

Das erste Panel brachte die Reformdebatte über die Wirtschafts- und Währungsunion aus der Vergangenheit zurück in die Gegenwart. Als grundsätzliche Gefahr für die Stabilität der Eurozone identifizierten die TeilnehmerInnen das Zahlungsbilanzungleichgewicht, weshalb sich die Diskussion um mögliche Policy-Strategien und um deutsche Policy-Präferenzen im Umgang damit drehte. Die PanelteilnehmerInnen (wie auch die meisten relevanten Interessengruppen in Deutschland) waren sich einig, dass ein Auseinanderbrechen der Eurozone nicht im deutschen Interesse war und ist. Obwohl die Krisenmaßnahmen (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus, Bankenunion, Vorgehen der Europäischen Zentralbank) zunächst wirksam waren, wurde im Gespräch schnell deutlich, dass das aktuelle Institutionensystem noch nicht krisenresistent sei. Demzufolge gebe es zwei grundsätzliche Strategien, um die Zahlungsbilanz auszugleichen: interne Anpassungen in Deutschland, bspw. durch öffentliche Investitionen und eine Steigerung des Lohnniveaus, und europäische Finanzinstrumente, so bspw. Eurobonds. Für beides gebe es erste Ansätze: So habe Deutschland zuletzt seine Investitionen gesteigert und in der Erklärung

von Meseberg¹ mit Frankreich einen Haushalt für die Eurozone vereinbart.

Die PanelistInnen waren sich einig, dass das geplante Budget für die Eurozone bisher eher eine symbolische Größe habe. Offenbleibe bisher auch, wofür genau der Haushalt eingesetzt werden sollte. Der Konflikt um das Eurozonbudget hat, so zeigte die Paneldiskussion, für die Gesamtdebatte Beispielcharakter: Die Bundesregierung werbe für einen graduell wachsenden Haushalt und wolle Gelder im Fall asymmetrischer Schocks freigeben – sie setze auf wettbewerbsfähige nationale Ökonomien und ausgeglichene Finanzhaushalte. Demgegenüber stehe die Position, dass die Eurozone mehr Harmonisierung bedarf, bspw. durch einen größeren, auch redistributiv angelegten Haushalt, und dass Deutschland interne Anpassungen vornehmen sollte, z.B. durch Investitionen in ökonomisch abgehängten Regionen. Einig waren sich die DiskutantInnen darin, dass die „schwarze Null“ vor allem ein politisches Symbol sei. Es sei zu erwarten, dass die Reformdiskussion mit den Verhandlungen über den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 und mit neuer Besetzung in den europäischen Institutionen an Fahrt aufnehmen werde.

Spieler und Schiedsrichter zugleich? Deutschland in den EU-Institutionen

Die Führung der neuen Europäischen Kommission übernimmt zum ersten Mal nach über 50 Jahren eine Präsidentin aus Deutschland. Ob das als Symbol für aktuelle bundesrepublikanische Dominanz gedeutet werden kann? Mit der Rolle Deutschlands in den Institutionen und Formaten der EU sowie mit möglichen Partnerschaften und Allianzen beschäftigte sich das zweite Panel. Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Spannung zwischen dem Zusammenhalt der nach dem Brexit verbleibenden 27 Mitgliedstaaten und dem Voranschreiten der Integration disku-

tierten die PanelistInnen, wie europäische Handlungsfähigkeit in Zukunft gewährleistet und gestärkt werden könne.

Im Lichte globaler Herausforderungen (wie etwa Handelskriegen) und polarisierter Wahlen in vielen Mitgliedstaaten gingen die Meinungen zu den Aussichten europäischer Handlungsfähigkeit auseinander: Es gab optimistische Töne, die auf die gut funktionierende Zusammenarbeit der EU-27 bei den Brexit-Verhandlungen verwiesen und sich auf ein mögliches Reformtandem aus der designierten Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, und dem französischen Präsidenten Macron freuten. Auf der anderen Seite gab es mahnende Stimmen, die auf eine mögliche Zersplitterung durch EU-interne „Clubbildung“ und auf politische Blockaden der Institutionen hinwiesen. Die Wahl der neuen Kommissionspräsidentin habe gezeigt, dass es starke Spannungen sowohl zwischen als auch in den Institutionen (Europäisches Parlament und Europäischer Rat) gibt. Zwar hatte sich die intergouvernementale Methode hier als schneller erwiesen. Einige KommentatorInnen merkten aber kritisch an, dass auch der Europäische Rat ein unstetes, weil ständig neu besetztes Organ sei.

Die „Clubbildung“ in der EU (Visegrád-Gruppe, New Hanseatic League, EuroMed7) wurde unterschiedlich bewertet. Einerseits erhöhe sie die Gefahr, vorhandene Differenzen zu verstärken und gesamteuropäische Kooperationen zu erschweren. Andererseits sei eine solche Gruppenbildung normal und könne sogar zuträglich sein, wenn die „Clubs“ verschiedene Policy-Schwerpunkte setzen und in jeweils anderen Bereichen Initiativen vorbringen. Nach wie vor große Bedeutung maßen die PanelistInnen der deutsch-französischen Kooperation bei. Es wurde aber auch klar, dass diese in der EU-27 nicht mehr alle Knoten zerschlagen könne – es brauche die Inte-

1 Die Bundesregierung: Erklärung von Meseberg. Das Versprechen Europas für Sicherheit und Wohlstand erneuern, 19. Juni 2018.

gration weiterer, idealerweise aller EU-Partner. In diesem Kontext wurde auch die Idee eines Kerneuropa diskutiert, das die Chance zum Voranschreiten biete, aber auch die Gefahr der Zerfaserung berge.

Annähernde Einigkeit gab es schließlich in der Einschätzung, dass für Deutschland in der EU die Rolle eines „Facilitators“ angemessen sei, die Anleihen an Frank-Walter Steinmeiers „chief facilitating officer“ und Otto von Bismarcks „ehrlichen Makler“ hat. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 biete Chancen, diese Partie zum Tragen zu bringen. Gleichzeitig wurde mit Bezug auf die Rechtsstaatsverfahren gegen Polen und Ungarn darauf hingewiesen, dass Deutschland als Schiedsrichter und Spieler zugleich auftrete; für einige PanelistInnen ein Argument dafür, eine stärkere Rolle für die Europäische Kommission zu fordern. Die Neustrukturierung der Kommission in verschiedene Hierarchieebenen, die Jean-Claude Juncker eingeführt hatte und die von der Leyen verfeinert, wurde von den PanelteilnehmerInnen positiv bewertet.

(Deutsche) Öffentlichkeit in der Europapolitik

Auch im dritten Panel blieb die Besetzung der Kommission ein Thema. Die Wahl von der Leyens zur Präsidentin hatte für Kontroversen gesorgt, weil sie bei den vorangegangenen Wahlen zum Europäischen Parlament nicht als Spitzenkandidatin angetreten war. Die Europawahlen 2019 standen damit im Zentrum dieser Diskussion. Welche Trends haben sich bemerkbar gemacht? Und was bedeuten diese für die Legitimität der EU?

Durchgehend positiv bewertet wurde der deutliche Anstieg der EU-weiten Wahlbeteiligung, die mit knapp 51 Prozent den höchsten Wert seit 1994 erreichte. Die möglichen identifizierten Ursachen für die höhere Wahlbeteiligung waren vielfältig. So wurden die politischen Schocks von 2016 mit der Wahl Donald Trumps und dem Brexit-Entscheid sowie die zunehmende Polarisierung der Parteiensysteme

me vieler Mitgliedstaaten als Mobilisierungsmomente genannt. Ebenfalls hervorgehoben wurde das tatkräftige Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen, die für eine Teilnahme an den Europawahlen geworben hatten. Weniger positiv wurde die Arbeit von Parteien beurteilt, die in Deutschland keine inhaltliche Kampagne geführt und auch nicht mit den europäischen SpitzenkandidatInnen geworben hätten. Der Europawahlkampf in Deutschland sei, so das Urteil, farblos geblieben.

Das SpitzenkandidatInnen-Prinzip wurde auf dem Panel und im Plenum kontrovers diskutiert. Einigkeit herrschte darüber, dass das Prinzip bei der diesjährigen Wahl nicht funktioniert habe und möglicherweise nachhaltig beschädigt sei. Während einige DiskussteilnehmerInnen den Europäischen Rat dafür verantwortlich machten und ihm eine Überdehnung seines Mandats vorwarfen, sahen andere die Schwächen vor allem in der fehlenden Bekanntheit bzw. Eignung der KandidatInnen. Wieder andere hielten die Uneinigkeit der drei größten Fraktionen im Europäischen Parlament für das Kernproblem. Demnach schwankte auch die Bewertung der Legitimität von der Leyens als neue Kommissionspräsidentin. Eine ihrer Aufgaben sei es nun, sich für inklusivere Formen der EU-Beteiligung einzusetzen.

In der Diskussion über die Besetzung des Kommissionsvorsitzes wurde deutlich, dass Polarisierung zwar den Parteienwettbewerb belebe, anschließende Kompromissfindung aber erschwere. Die Form und Schärfe der Polarisierung hätten auch ein stark taktisches Moment, wie einige PanelistInnen mit Blick auf Frankreich anmerkten: Macron hatte in Fortsetzung zum Präsidentschaftswahlkampf von 2017 bewusst auf eine Gegenüberstellung von Pro- und AntieuropäerInnen (La République En Marche, LREM vs. Rassemblement National, RN) gesetzt und damit erneut Erfolg: Zwar wurde LREM nur zweitstärkste Partei, habe sich aber als einzige aussichtsreiche Alternative zur Rechtsaußen-Partei eta-

blieren können. Die Einordnung dieser Prozesse – ob eine solche Polarisierung eine gesamteuropäische Differenz zwischen inklusiver und exklusiver Politik nachzeichne oder die Ambivalenz vieler WählerInnen überdecke – ging auseinander.

Die Einstellung der BürgerInnen zur EU wurde von den PanelistInnen insgesamt positiv beurteilt. Sie seien zwar nicht unkritisch gegenüber den EU-Institutionen, befürworteten aber zu großen Teilen die Idee europäischer Integration, insbesondere in Deutschland. So wurde argumentiert, dass viele BürgerInnen sich eine echte inhaltliche Auseinandersetzung mit der künftigen Ausrichtung der europäischen Politik wünschen, die über die Differenzierung in BefürworterInnen und GegnerInnen hinausgeht. Dementsprechend wurden Forderungen an die politischen Parteien laut, ehrlicher und präziser über die EU und die Politik auf europäischer Ebene zu informieren. Auch eine Stärkung der europäischen Parteien könnte hier Abhilfe leisten. Andernfalls drohe Enttäuschung unter den BürgerInnen, wenn die Erwartungen an europäische Politik und europäische Praxis zu weit auseinander liegen.

Mehr als ein „Feuerwehrmann“? Die Rolle Deutschlands in Europa

Zum Schluss zogen Schimmelfennig und Katrin Böttger, Direktorin am IEP, Bilanz über die diskutierten Erkenntnisse und Metaphern für die Rolle Deutschlands in Europa. Wenn auch das Bild des Hegemonen nicht vollständig überzeugen konnte, so gebe es doch ein von Deutschland (mit-)geprägtes Europa. Deutschland trete derzeit zwar nicht als „visionärer Architekt“ auf, doch aber als verlässlicher „Feuerwehrmann“ in Krisenzeiten. Die mancherorts beklagte Passivität Deutschlands in EU-Reformdebatten ergebe sich aus der Zufriedenheit der Bundesregierung mit dem Status quo. Gleichzeitig müsse die Regierung darauf achten, nicht zu zögerlich aufzutreten. Wichtig sei nämlich vor allem, dass Deutschland in Europa als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems gesehen werde. Um diese Betrachtungsweise zu bekräftigen, biete die deutsche Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 eine gute Gelegenheit.